

Noch mehr Geld nach Berlin?! **fzs erhöht Mitgliedsbeitrag - Münster verabschiedet sich**

Der freie Zusammenschluss der Studierendenschaften (fzs), der selbst ernannte Ansprechpartner seitens der Studierenden für die Politik, in dem auch die Trierer Studierendenschaft Mitglied ist, hat die zu zahlenden Beiträge erhöht. Pro Jahr fließen jetzt nicht mehr € 7.700, sondern € 11.200 des AStA-Haushalts an den fzs.

Der Verband, von dem die meisten Studierenden vermutlich nicht einmal was gehört haben, braucht also mehr Geld. Das könnte zum einen daran liegen, dass jedem Vorstandsmitglied eine BahnCard100 zur Verfügung gestellt wird. Zudem wird es in Zeiten einer finanziellen Krise für sinnvoll gehalten, die monatlichen Aufwandsentschädigungen der Vorstände auf € 800 zu erhöhen, sowie den Vorstand um zwei Personen zu vergrößern. Studiengebühren sind übrigens auch inklusive.

Eine solche Erhöhung führt auf den ersten Blick zu einer Verbesserung der finanziellen Lage. Jedoch ist abzusehen, dass es hierdurch zu Austritten kommen wird, weil sich Studierendenschaften eine Mitgliedschaft nicht mehr leisten können, oder aber der Betrag als ungerechtfertigt empfunden wird. Einer der größten Beitragszahler, die Studierendenschaft der Universität Münster, hat ihre Konsequenzen bereits gezogen und ist ausgetreten. Dadurch fallen neben den Mehrkosten für Vergrößerung des Vorstandes und Erhöhung der Aufwandsentschädigungen die pro Semester circa € 11.000 betragen nochmal über € 30.000 an Mitgliedsbeiträgen weg. Zusätzlich wächst der Anreiz für

weitere Studierendenschaften, auszutreten.

Die ULI-LHG Trier befürchtet daher, dass hier mit dem Geld der Trierer Studierenden der Untergang des sinkenden Schiffs fzs nur hinausgezögert wird.

Weiteres Problem ist die inhaltliche Arbeit des fzs. Hier gibt es keine spürbaren Ergebnisse, es kommt schlicht nichts bei den Studenten an. Dafür ist der Haushalt des Verbandes, der sich in einer Größenordnung um die € 600.000 abspielt, recht hoch bemessen.

Schließlich bleiben Bedenken hinsichtlich der Repräsentativität: Sinnvoll wäre es, wenn - wie mehrfach von der ULI-LHG gefordert - das StuPa, das einen Querschnitt des gesamten Meinungsbildes der Trierer Studenten wiedergibt, bestimmen würde, wer zu den Versammlungen geht. Stattdessen bestimmt der AStA mehr oder weniger willkürlich, wer dort für die Trierer Studenten spricht.

Unterm Strich wird also ein hoher Betrag studentischer Gelder an einen Verband gezahlt, der lediglich bestimmte Gruppen repräsentiert und selbst deren Interessen nur unzureichend vertritt.

Die Konsequenz kann nur der Austritt aus dem fzs sein!

Aktuelles Lexikon:

Auslegung

Jedes Gesetz bedarf der Auslegung. In der Regel hat der Normgeber nämlich einen Hintergedanken beim Erlass von Normen, beispielsweise wenn er die Lesung eines Haushalts in zwei Sitzungen fordert.

Schade, dass man der Mehrheit des StuPa erst beibringen muss, dass diesem Hintergedanken nicht genüge getan wird, indem man diese beiden Sitzungen am selben Tag - eine um 18h, eine um 19h - abhält.

Für die Zukunft ist diese (eigentlich selbstverständliche) Frage dank eines Antrags der LHG geklärt.

Düsseldorfer Marxisten werden Handgreiflich

Dass der Düsseldorfer Marxistische StudentInnenbund (MSB) „Spartakus“ zu einer eher harten Gangart neigt, ist keine Neuigkeit. Dass dieser aber so weit geht, dass einem Düsseldorfer LHG-Mitglied gewaltsam der Haarzopf abgeschnitten wurde und er dann auch noch gebissen wurde (!) überrascht uns. Wer hierüber noch schmunzelt, sollte sich fragen, ob der Spaß nicht spätestens dann aufhörte, als dem Betroffenen die Rücknahme der Anzeige mit handfesten Argumenten nahe gelegt wurde und das nicht von der Angreiferin, sondern einer Gruppe junger Männer.

Die ULI-LHG Trier erklärt sich solidarisch mit den Betroffenen und spricht sich nochmals gegen jede Form politisch motivierter Gewalt, gleich von welchem Rand des politischen Spektrums, aus.

Dann war da noch...

Impressum

Herausgeber:
Die Redaktion des
Libero
c/o ULI-LHG Trier
AStA Büro B15
Universitätsring 12b
54286 Trier
www.uli-lhg.jimdo.com

...der Bundesvorsitzende des Ringes Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Gottfried Ludewig, der sich nicht nur für die Abschaffung der verfassten Studierendenschaft ausspricht, sondern der auch medienwirksam, in der „Bild“ und bei Anne Will, dafür eintritt, dass es doch

sinnvoll wäre, das Stimmgewicht von Arbeitslosen, Rentnern und sonstigen „nicht-Leistungsträgern“ - wozu nach seiner Logik auch Studenten zählen - bei den Bundestagswahlen zu reduzieren. Bislang glaubten wir ja, dass wir verfassungswidrige Tendenzen nur auf der Gegenüberliegenden Seite des politischen Spektrums ernstlich zu befürchten hätten. Dass der RCDS aber weiterhin für eine Überraschung gut ist, erfüllt uns doch mit Freude.